



## FAKTENBLATT AFGHANISTAN



### Fluchtursachen

Seit Jahrzehnten sieht sich das Land mit mehreren Krisen gleichzeitig konfrontiert – u.a. bewaffnete Konflikte, Vertreibungen, Armut sowie Naturkatastrophen. Afghanische Geflüchtete gehören somit zu der drittgrößten Flüchtlingsgruppe der Welt. Seit der Rückkehr der Taliban in 2021 spricht man über eine eskalierende humanitäre Krise. Geschätzt 3,25 Millionen sind Binnenflüchtlinge. Weitere sind in die Nachbarländern Pakistan (1,5 Millionen) und Iran (3,4 Million) geflüchtet. Laut AZR befanden sich Ende 2022 286.350 Schutzsuchende in Deutschland.

Quelle: [Mediendienst Integration](#), [AZR](#)



### Bevölkerung

Afghanistan hat ca. 40 Millionen Einwohner\*innen, davon leben 97 Prozent in Armut. Das Land hat zwei Amtssprachen, Dari (Farsi) und Paschto. Es ist ein Vielvölkerstaat mit diversen Volksgruppen, unter anderem Paschtun\*innen, Tadschik\*innen, Hazara, Usbek\*innen und Turkmen\*innen. Ein Großteil der Bevölkerung gehört dem islamischen Glauben an.

Quelle: [Destatis](#), [BMZ](#), [bpb](#)



### Alter und Arbeitsmarkt

Die Mehrheit der afghanischen Geflüchteten in Deutschland sind männlich, ein Drittel ist minderjährig. Aufgrund der guten Bleibeperspektive hat sich die Zahl der an Integrationskursen teilnehmenden Afghan\*innen 2022 verdreifacht. Auch die Zahl der Afghan\*innen in Ausbildung ist aus diesem Grund in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Laut einer Studie des IAB in 2021 waren ca. 40 Prozent der in Deutschland lebenden Afghan\*innen erwerbstätig.

Quelle: [IAB](#), [BAMF](#), [BA](#), [Mediendienst Integration](#)



### Bildungssystem

Während des Bürgerkrieges bzw. noch vor 2001 ist das zentral organisierte Bildungssystem zusammengebrochen, und in den letzten Jahren nur halbwegs wieder aufgebaut worden. Es fehlt weiterhin an Bildungseinrichtungen, Ausstattungen, Lehrmaterialien sowie an Personal. 2018 lag die Analphabet\*innenquote bei über 15-Jährigen bei 57 Prozent. Seit der Rückkehr der Taliban im August 2021 wurden Mädchen der Besuch der Schule ab der siebten Klasse sowie Frauen das Studium an der Universität verboten.

Quelle: [BQ-Portal](#), [Ländersteckbrief](#)



### Bleibeperspektive

Afghanische Geflüchtete haben aufgrund der aktuellen Lage im Herkunftsland eine gute Bleibeperspektive in Deutschland. Abschiebungen nach Afghanistan sind ausgesetzt. Von den rund 286.000 Schutzsuchenden aus Afghanistan in Deutschland (Stichtag 31.12.22) sind 73,7 Prozent anerkannte Flüchtlinge. Im ersten Halbjahr 2023 lag die Gesamtschutzquote der Erst- und Folgeasylanträge bei 74,3 Prozent. Afghanische Geflüchtete bilden die zweitgrößte Gruppe von Geflüchteten in Deutschland.

Quelle: [BAMF](#), [Mediendienst Integration](#)



### Pass- und Identitätspapiere

Nach der Machtübernahme der Taliban hat die afghanische Botschaft in Berlin die Ausstellung neuer Tazkiras (afghanische Ausweise) sowie Reisepässe bis auf Weiteres eingestellt. Afghan\*innen, die bereits einen Reisepass besitzen, können jedoch einen Aufkleber zur Verlängerung um 5 Jahre beantragen. Die Botschaft stellt außerdem weiterhin Geburts- und Heiratsurkunden sowie die Bestätigung der religiösen Heirat aus.

Quelle: [Verbalnoten 1 und 2](#) und [Bescheinigung](#) der Afghanischen Botschaft, [Musterschreiben Passpflicht Berlin-Hilft](#)

Das **NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge** ist bundesweit der größte Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für die Beschäftigung von Geflüchteten engagieren. Die Mitgliedsbetriebe erhalten kostenfrei Informationsmaterialien und Beratung rund um die Beschäftigung von Geflüchteten.

Alle Angaben sind nach bestem Wissen und Gewissen auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung der Publikation (August 2023) öffentlich zugänglichen Informationen erstellt worden. **Alle Angaben sind ohne Gewähr.** Für eine im Einzelfall rechtsverbindliche Beratung wenden Sie sich bitte an Migrationsberatungsstellen oder eine\*n Fachanwält\*in.

**WERDEN SIE  
MITGLIED IM NETZWERK!**  
Sie wollen mehr erfahren?  
[nuif.de/registrieren](https://nuif.de/registrieren)



Durchgeführt von der  
DIHK Service GmbH



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages